Die Schweizer Waffenlobby radikalisiert sich

«ProTell» sucht seit Wochen einen Präsidenten – vergeblich. Das ist auch die Folge von Intrigen, Querelen und einer Machtübernahme.

von Lukas Häuptli / 7.4.2018



Mit «geschlossenen Reihen» gegen die Übernahme des EU-Rechts: Ein «ProTell»-Vertreter an der Waffenbörse in Luzern. (24. März 2017) (Bild: Fabian Biasio / Keystone)

Die Gemüter sind erhitzt: Geht es nach dem Bundesrat, soll die Schweiz das verschärfte Waffenrecht der EU übernehmen. Oder zumindest Teile davon. Morgen Montag beginnt die Beratung des Geschäfts in der Sicherheitskommission des Nationalrats. Kaum jemand zweifelt aber daran, dass letztlich das Stimmvolk über dieses entscheiden wird. Die absehbare Referendumsabstimmung wäre – wahrscheinlich ein halbes Jahr vor den nationalen Wahlen – ein hochemotionaler Urnengang über das verschärfte Schweizer Waffengesetz und über die Übernahme von fremdem Recht.

Treibende Kraft des Referendums ist die Waffenlobbyorganisation

«ProTell». Am nächsten Samstag hält die Organisation, mittlerweile vierzig Jahre alt, in Bern ihre jährliche Generalversammlung ab. SVP-Bundesrat Guy Parmelin ist als Ehrengast geladen, und Parmelins Parteikollege Jean-Luc Addor, Nationalrat und Vizepräsident von «Pro Tell», schreibt bereits in der Einladung: Die Verhinderung der Übernahme der EU-Waffenrichtlinie erfordere «von uns allen ein sehr grosses Engagement und – vor allem – geschlossene Reihen».

«Ein eigentlicher Putsch»

Addors Aufruf zur Einheit hat einen guten Grund. «ProTell» ist im letzten Jahr durch Intrigen, Querelen und Machtkämpfe im Mark erschüttert worden. Es habe einen eigentlichen Putsch gegeben, sagt eine gut informierte Person. Und eine andere ergänzt: «Faktisch hat eine Westschweizer Gruppierung um Jean-Luc Addor die Macht übernommen.» Nebenbei bemerkt: Ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Turbulenzen, im letzten September, trat der spätere Bundesrat Ignazio Cassis «ProTell» bei; nach einem Monat und viel öffentlicher Kritik verliess er die Organisation allerdings wieder.

Turbulent war namentlich die ausserordentliche Generalversammlung von «ProTell» im letzten Juni: Die Mehrheit der Teilnehmer entzog der früheren Führung das Vertrauen; gleichzeitig wählte sie vier Westschweizer Vertreter in den Vorstand und den ehemaligen Brigadier Hans-Peter Wüthrich als Präsidenten. An der Versammlung hätten mehr als 500 Mitglieder teilgenommen, erzählt ein Teilnehmer. Viele von ihnen seien von der Gruppierung um Addor extra für die Versammlung mobilisiert worden.

Mitglieder teilgenommen, erzählt ein Teilnehmer. Viele von ihnen seien von der Gruppierung um Addor extra für die Versammlung mobilisiert worden.

Acht Monate nach der Wahl trat Hans-Peter Wüthrich allerdings bereits wieder ab. Grund sei die zeitliche Belastung gewesen, teilte «ProTell» im letzten Februar mit. Doch Wüthrich selbst sagt heute: «Ich stellte fest, dass sich mein Ziel mit dem gegenwärtigen «ProTell»-Vorstand leider nicht erreichen liess.» Es habe im Vorstand zu viele unterschiedliche Vorstellungen gegeben. Zum Beispiel? «Vorstandsmitglieder sind dafür, dass das Tragen von Waffen in der Öffentlichkeit ohne Einschränkungen erlaubt wird», sagt Wüthrich. «Gegen solche radikalen Forderungen habe ich mich immer klar abgegrenzt.»

Todesstrafe gefordert

Seit Wüthrichs Rücktritt suchen Vizepräsident Jean-Luc Addor und Generalsekretär Robin Udry einen neuen Präsidenten für «ProTell» – vergeblich. Ein Grund dafür: Die Waffenlobbyorganisation hat sich in den letzten Monaten radikalisiert. Exemplarisch zeigt sich das am wachsenden Einfluss von Jean-Luc Addor, der, wie eine gut informierte Person sagt, «teilweise fanatische Ideen vertritt». So forderte Addor 2013 auf Facebook die Einführung der Todesstrafe für gefährliche Wiederholungstäter. 2016 rief er die Schweizer Bevölkerung im «Blick» dazu auf, sich zu bewaffnen. Den entsprechenden Artikel überschrieb die Zeitung mit dem Titel: «Dieser SVPler hat einen Schuss.» Und 2017 hielt Addor nach einem tödlichen Schusswechsel in einem muslimischen Gebetshaus auf Twitter fest: «Wir wollen mehr davon.» Der SVP-Nationalrat wurde darauf vom Bezirksgericht Sitten wegen Rassendiskriminierung verurteilt.

Viele von Addors Ansichten werden von seinen Kollegen im «ProTell»-Vorstand geteilt. So sagt Generalsekretär Udry, der sich als konservatives CVP-Mitglied bezeichnet und wie Addor in der Walliser Gemeinde Savièse wohnt: «Europa wird von Terroranschlägen bedroht. Deshalb muss man sich überlegen, ob eine Erleichterung des Waffentragens nicht angebracht wäre.» Und ein anderes Vorstandsmitglied vertritt die Meinung, «ProTell» müsse sich vermehrt an der US-Waffenlobby National Rifle Association (NRA) orientieren. Diese verlangt eine weitgehende Liberalisierung des Waffenrechts und stellt das staatliche Gewaltmonopol infrage.

Zu all dem passt, dass «ProTell»-Mitglied Frank Leutenegger, welcher der Gruppierung um Jean-Luc Addor zugerechnet wird und der Vereinigung «SwissGuns» vorsteht, im letzten Mai in einem

3 of 5 4/8/18, 11:14 AM

Beitrag schrieb: «Von nun an braucht ‹ProTell› einen kämpferischen Vorstand – keine Diplomaten oder Unterhändler, sondern Kriegshunde.»

Und dazu passt, dass «ProTell» dieser Tage auf Facebook ein Schreiben der Vereinigung «Lewas» an National- und Ständeräte zur «Pflichtlektüre» empfiehlt. «Lewas» steht für die Vereinigung «Legalwaffen Schweiz», und deren Präsident Beat Eichelberger hatte im Internet schon vor Jahren erklärt, welche Idee den Überzeugungen von Addor und Co. letztlich zugrunde liegt: «More guns, less crime» – «mehr Schusswaffen, weniger Verbrechen».

Immer mehr Frauen kaufen Waffen

Im letzten Jahr sind in der Schweiz mehrere Tausend Waffenerwerbsscheine ausgestellt worden. Diese sind für den Kauf von bewilligungspflichtigen Waffen nötig; zu diesen gehören unter anderem Pistolen, Revolver sowie Sturmgewehre und andere halbautomatische Gewehre. Die Zahl der ausgestellten Waffenerwerbsscheine ist bis 2016, in einigen Kantonen aber auch bis 2017 stark gestiegen. Mittlerweile bemerken die Verantwortlichen der kantonalen Waffenbüros, welche die Erwerbsscheine ausstellen, eine neue Entwicklung. «Unsere Mitarbeiter stellen fest, dass in den letzten zwei Jahren der Anteil der Frauen, die einen Waffenerwerbsschein beantragen, gestiegen ist», sagt ein Sprecher der Kantonspolizei St. Gallen. Und einer der Kantonspolizei Luzern hält fest: «Gesuche von Frauen sind eher zunehmend.» Auch Waffenbüros anderer Kantone beobachten diese Entwicklung. Statistisch erfasst wird das Geschlecht der Waffenscheininhaber allerdings nicht. (luh.)

Newsletter

Lassen Sie sich mittwochs und freitags von der Redaktion informieren und inspirieren. <u>Jetzt abonnieren</u>

4 of 5 4/8/18, 11:14 AM

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveroeffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ am Sonntag ist nicht gestattet.

5 of 5 4/8/18, 11:14 AM